



Pressemitteilung 25/2012

Biosprit ist eine Fehlstrategie

**Synode sieht Agrotreibstoffe mitverantwortlich für
Lebensmittelverteuerung, ökologische Schäden
und Landkonflikte**

Frankfurt, 27. April 2012. Die derzeit in Frankfurt tagende Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) hat sich mit den ökologischen und gesellschaftlichen Folgen eines erhöhten Einsatzes von Agrotreibstoffen – volkstümlich als Biosprit oder Biodiesel bezeichnet – befasst. In einer Resolution bittet die Synode die Landesregierungen in Hessen und Rheinland-Pfalz, die derzeitigen gesetzlichen Regelungen auf EU-, Bundes- und Landesebene kritisch zu hinterfragen und grundsätzlich zu überdenken und neu auszurichten. Sie plädiert dafür, die negativen ökologischen, ökonomischen, sozialen und menschenrechtlichen Folgen systematisch zu erfassen (Monitoring). Für die Automobilindustrie müssten Anreize geschaffen werden, „verstärkt energiesparende oder mit nachhaltiger Energie angetriebene Fahrzeuge zu entwickeln“. Zur Energieerzeugung sollten nach Auffassung der Synode „bevorzugt einheimische Reststoffe aus Land- und Forstwirtschaft genutzt werden, statt Energiepflanzen aus Übersee zu importieren“.

Agrotreibstoffe treiben Nahrungsmittelpreise in die Höhe

Zur Begründung verweist die Synode auf die Grundforderungen der weltweiten Christenheit nach Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, die sich die EKHN-Synode zueigen gemacht hat. Sie umfassen auch einen gerechten Zugang zu natürlichen Ressourcen und ausreichend Nahrung für jeden Menschen. Dies sieht die Synode durch die Agrotreibstoffe gefährdet, denn die europäischen Agrarflächen für die sogenannten Energiepflanzen seien begrenzt. Daher würden diese zunehmend aus Überseegebieten importiert, wo sie auf bisherigen Wald- oder Ackerflächen angebaut würden, die zuvor zur Regeneration des Klimas oder zur Ernährung der Bevölkerung gedient hätten. Der einseitige Anbau von Energiepflanzen bewirke große ökologische Schäden und verstärke Landkonflikte und Landverreibungen. Weltweit treibe die steigende Nachfrage nach Agrotreibstoffen die Nahrungsmittelpreise in die Höhe. Die Leidtragenden seien Menschen, die in Armut leben. „Aufgrund dieser katastrophalen Folgen ist der vermehrte Einsatz von Agrotreibstoffen zur Substitution von Erdöl eine Fehlstrategie“ heißt es wörtlich.

Anreize zur Energieeffizienz sind besser / Eigene Mobilität überdenken

Die Synode plädiert statt dessen dafür, mehr staatliche Anreize und Programm zur Förderung von Technologien zu geben, die die Energieeffizienz steigern und Energie einsparen. Vorzuziehen sei auch die Energieerzeugung mithilfe einheimischer Reststoffe aus Land- und Forstwirtschaft. Die Synode mahnt auch an, sich kritisch „mit der eignen Art und Weise unserer Mobilität und mit den mittlerweile extrem gestiegenen Anforderungen an diese kritisch auseinander zu setzen“.



Weitere Informationen zum Thema bietet die Website des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN unter www.zgv.info. Der Wortlaut der Resolution ist im Folgenden zu finden.

Der Wortlaut der Resolution zum Thema „Biosprit – nachwachsende Rohstoffe“

Die Kirchensynode bittet die Kirchenleitung, bei den Landesregierungen in Hessen und Rheinland-Pfalz dafür einzutreten, dass diese sich innerhalb ihrer Bundesländer sowie auf Bundesebene für eine Agrotreibstoffpolitik einsetzen, die die derzeitigen gesetzlichen Regelungen auf EU-, Bundes- und Landesebene kritisch hinterfragt und grundsätzlich überdenkt.

Das bedeutet:

- eine grundlegende Revision der ‚Erneuerbare Energien Richtlinie‘, des ‚Biokraftstoffquotengesetzes‘ sowie der ‚Biokraftstoff-Nachhaltigkeitsverordnung‘,
- ein umfassendes Monitoring hinsichtlich negativer ökologischer, ökonomischer, sozialer und menschenrechtlicher Folgen,
- die Schaffung von Anreizen für die Automobilindustrie, verstärkt energiesparende oder mit nachhaltiger Energie angetriebene Fahrzeuge zu entwickeln, statt den Einsatz von Agrotreibstoffen weiter voran zu treiben,
- zur Energieerzeugung bevorzugt einheimische Reststoffe aus Land- und Forstwirtschaft zu nutzen, statt Energiepflanzen aus Übersee zu importieren.

Frankfurt, 27. April 2012

Verantwortlich: gez. Pfarrer Stephan Krebs, Pressesprecher